

Politische Krise in Belarus setzt sich fort

Die deutsche Wirtschaft blickt mit Sorgen auf die Entwicklung in Belarus. Polizei geht mit immer massiverer Gewalt vor. Das Regime zeigt keine Bereitschaft zu einem echten Dialog.

17.11.2020

Von Fabian Nemitz | Kiew

Mehr als drei Monate nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 setzt sich die innenpolitische Krise in Belarus fort. Der vom Westen nicht anerkannte Machthaber Aljaksandr Lukaschenka versucht weiter, die Proteste mit Gewalt einzudämmen und sein Projekt einer Verfassungsänderung, die die Gemüter beruhigen soll, voranzubringen. Einem echten Dialog mit der Opposition, die Neuwahlen, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Gewährleistung der Bürgerrechte fordert, verweigert er sich aber.

Nachdem der von der Opposition ausgerufenen Generalstreik am 26. Oktober 2020 nicht die von den Initiatoren erhoffte Wirkung gezeigt hatte, weist die Teilnehmerzahl bei den Protestmärschen im November 2020 nach unten. Die Sicherheitskräfte haben die Gewalt gegen Demonstranten in den vergangenen Wochen Schritt für Schritt erhöht. Außerdem werden Protestierende nunmehr nach dem Strafgesetzbuch angeklagt. Damit drohen ihnen statt Geld- oder kürzeren Haftstrafen jetzt bis zu drei Jahren Gefängnis.

Gleichzeitig sorgt die Tötung des Minsker Bürgers Raman Bandarenka, der sich bei Protesten engagiert hatte, für neues Entsetzen. Als verantwortlich für den Tod am 12. November 2020 gelten Sicherheitskräfte in Zivil oder ein autorisierter Schlägertrupp. In einer [Stellungnahme](#) nannte der stellvertretende Sprecher des Auswärtigen Amtes das "Ausmaß der staatlichen Gewalt und Repressionen in Belarus schockierend".

Ratingagentur Fitch senkt Bonitätsausblick für Belarus

Während sich die Regierung bemüht, die Nachrichtenlage mit der Eröffnung neuer U-Bahnstationen in Minsk und des Atomkraftwerks bei Astrawez sowie einer Rentenerhöhung in eine positive Richtung zu lenken, trübt sich die Wirtschaftslage weiter ein. Am 13. November 2020 hat die Ratingagentur Fitch ihre Einschätzung zum [Bonitätsausblick des Landes von stabil auf negativ gesenkt](#). Damit droht eine Herabstufung des derzeitigen Ratings B.

Nach Ansicht von Fitch besteht die Gefahr einer weiteren Zuspitzung der politischen Krise und zusätzlicher Spannungen mit westlichen Ländern einschließlich möglicher schärferer Sanktionen. Hinzu kämen die Schwäche des Bankensektors und der niedrige Stand der Devisenreserven.

Gleichzeitig hält sich die Wirtschaft bislang recht stabil. Für die ersten drei Quartale 2020 meldet die Statistikagentur Belstat einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 1,3 Prozent. Eine Rolle hierbei spielt die Tatsache, dass Belarus im Frühjahr keinen Lockdown verhängt hat und die staatlichen Betriebe, die für den größten Teil der Industrieproduktion stehen, die Produktion nicht zurückgefahren haben. In der Folge befinden sich aber die Lagerbestände auf einem sehr hohen Niveau und die finanzielle Lage der vielen hoch in Fremdwährung verschuldeten Firmen hat sich deutlich verschlechtert, nicht zuletzt wegen der Währungsabwertung und gesunkener Exporteinnahmen.

Deutsche Wirtschaft besorgt über Entwicklungen

Auch die deutsche Wirtschaft blickt besorgt auf Belarus. In einer [Stellungnahme](#) schreibt der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: „Mit Sorge sehen wir, dass die politischen Auseinandersetzungen bereits zu einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geführt haben. Von der wiederkehrenden Einschränkung des mobilen Internets sind IT-Unternehmen genauso betroffen wie Logistiker. Beides sind Zukunftssektoren der belarussischen Wirtschaft und wichtig auch für die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland.“

POLITISCHE KRISE IN BELARUS SETZT SICH FORT

Nach dem Beginn der Polizeigewalt im August 2020 warnte die IT-Branche früh vor einer Abwanderung. In Bezug auf Lettland ist laut die Rede von 17 Firmen, die einen Umzug angekündigt haben, mit 50 weiteren laufen Verhandlungen. Daneben sind viele IT-Fachkräfte nach Polen und in die Ukraine umgezogen.

Transitverkehr läuft bislang weiter

Auch der Transitsektor könnte unter einer weiteren Zuspitzung der politischen Krise und der Spannungen mit dem Westen leiden. Dank seiner geografischen Lage und gut ausgebauter Straßen spielt Belarus eine wichtige Rolle als Drehscheibe für den Güterverkehr zwischen Ost und West.

Laut Aussage von Mitarbeitern deutscher Speditionen läuft der Güterverkehr nach und über Belarus bislang aber ohne größere Störungen – abgesehen von Staus und längeren Abfertigungszeiten wegen der Coronaviruspandemie. Hierauf deuten auch Zahlen von Belstat, wonach der Güterumschlag über die Straße in den ersten drei Quartalen 2020 um 0,3 Prozent auf knapp 21,3 Millionen Tonnenkilometer gestiegen ist. Die belarussische Eisenbahn meldet für den genannten Zeitraum eine Zunahme des Containertransports zwischen China und Europa um 60 Prozent auf 382.000 Container. Von der zum 1. November 2020 in Kraft getretenen Schließung der Landgrenzen nach Lettland, Litauen, Polen und der Ukraine sind Lkw-Fahrer im internationalen Güterverkehr nach [Angaben der belarussischen Botschaft](#) ausgenommen.

Forderung nach Ausweitung der Sanktionen

Die Europäische Union (EU) hat am 2. Oktober 2020 [Sanktionen gegen rund 40 Personen](#) in Belarus verhängt, die für Wahlfälschungen und Polizeigewalt verantwortlich sind. Am 6. November 2020 wurde die [Liste um 15 Personen ergänzt](#) , darunter auch Lukaschenka. Wirtschaftssanktionen hat die EU bislang nicht verabschiedet, allerdings hat das [Europäische Parlament die Entwicklungsbanken EIB und EBRD aufgefordert](#) , ihre Arbeit mit staatlichen Akteuren in Belarus einzustellen.

Nach dem Tod von Bandarenka gibt es Stimmen nach einer Ausweitung der Sanktionen. Die USA dürften ihr Augenmerk auf Belarus nach der Wahl von Joe Biden zumindest erhöhen.

Auslöser der politischen Krise waren die Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 und die massive Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten. Ein am 5. November 2020 veröffentlichter [Bericht der OSZE](#) spricht von "überwältigenden Beweisen" für Wahlfälschungen und Menschenrechtsverletzungen und empfiehlt eine Annullierung der Wahl. Am 4. November 2020 hat sich der Bundestag in einem [Antrag für mehr Unterstützung der belarussischen Opposition](#) ausgesprochen.

Mehr zu:

Belarus
Wirtschaftsumfeld
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Hans Peter Pöhlmann

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 233

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.